

Rede der FDP Billerbeck zum Haushalt 2012



Billerbeck, im Februar 2012

Die rot-grüne Minderheitsregierung hat mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 (GFK) eine weitere Umverteilung finanzieller Mittel zu Lasten des ländlichen Raumes angestoßen. Obwohl viele Kommunen aus dem Münsterland aussichtsreich gegen das GFK 2011 Klage erhoben haben, hat die Landesregierung abermals den Prozentsatz für die Ermittlung des Sozialkostenansatzes noch einmal deutlich angehoben. Das hat dazu geführt, dass die Stadt Billerbeck in 2012 nur noch eine Schlüsselzuweisung des Landes in Höhe von 90.000 Euro erhält und damit ein weiteres Mal eine Kürzung von mehr als 1 Million Euro erfährt.

Die FDP Billerbeck verurteilt die dadurch entstandene einseitige Bevorzugung städtischer Ballungsgebiete zu Lasten der Kommunen im Münsterland. Die ständige Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land muss endlich beendet werden.

Die Aufforderung auch an die Stadt Billerbeck zunächst die sogenannten Ausgleichsrücklagen zu verzehren, ist ein offener Aufruf, gegen den Geist der Gemeindeordnung zu verstoßen. Das Vermögen und damit verbunden auch das Eigenkapital Billerbecks muss geschützt und dauerhaft erhalten werden, damit auch spätere Generationen damit arbeiten können! Auch die Ausgleichsrücklage gehört zum kommunalen Eigenkapital. Sie dient dazu, eine mittelfristige Haushaltsplanung ohne Einschaltung der Aufsichtsbehörde zu ermöglichen.

Die einseitige Kürzung der Schlüsselzuweisungen führt dazu, dass Billerbeck sein Eigenkapital und damit seine Rücklagen in den nächsten Jahren aufzehren muss. Wir verbrauchen die Ressourcen künftiger Generationen.

Kurzfristig muss das Land helfen, damit die Kommunen nicht reihenweise in die Haushaltssicherung abrutschen. Ein erster Ansatz, notleidenden Kommunen zu helfen konnte mit Unterstützung der Landes-FDP realisiert werden.

Angesichts der sehr angespannten Haushaltssituation verkennen wir nicht, dass auch die Kommunalpolitik ihren Beitrag zur Problemlösung leisten muss.

Bei einer demografischen Entwicklung, die sich mittelfristig in eher stagnierenden bis rückläufigen Bevölkerungszahlen niederschlägt, muss mittelfristig auch der Umfang der Verwaltung reduziert werden. Verwaltung und Politik müssen darum entsprechende Strategien einleiten, um die personellen Ressourcen dauerhaft zu senken um die Leistungsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten. Mögliche Wege sind interkommunale Kooperationen bei der Erfüllung von Aufgaben, interkommunale Bündelungen von Verwaltungsstrukturen und Einrichtungen sowie eine konsequente Aufgabenkritik und die Reduzierung überhöhter Leistungsstandards. Hilfreich wäre sicherlich in der jetzigen Situation gewesen, wenn die Bürgermeisterin, wie in Ihrer Antrittsrede im

Oktober 2009 angekündigt, bereits ein Konzept zur Reorganisation der Verwaltung vorgelegt hätte. Auch die Einrichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses ist nicht realisiert worden.

Wir können daher nur unsere Forderung aus dem Vorjahr deutlich wiederholen.

Besonders weh tut uns der Umstand, dass die Stadt Billerbeck die Erarbeitung und Umsetzung der Stadtentwicklung in die Zeit stellen musste, zumal nicht einmal mehr der nach den Förderungsrichtlinien zu erbringende Eigenanteil für die konzeptionelle Entwicklung in den Haushalt 2011 eingestellt werden konnte. Die Folgen sind unübersehbar. Weitere Ladenleerstände sind zu beklagen.

Gott sei Dank, konnte aufgrund der guten Ertragslage bei der Gewerbesteuer nun endlich der Eigenanteil der Stadt in den Haushalt 2012 aufgenommen werden. Bleibt zu hoffen, dass die Mehrheit des Rates dabei nicht nur kosmetische Änderungen des Stadtbildes befürwortet, sondern auch Maßnahmen zur Belebung der Innenstadt ergreift.

Auch die Aussichten für die nächsten Jahre lassen aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung keine wesentliche Besserung der Finanzlage der Stadt Billerbeck erwarten. Alles in allem ist das eine sehr prekäre Situation, in der sich die Finanzen der Stadt Billerbeck entwickeln.

Es kann und darf nicht sein, dass eine rot-grüne Landesregierung durch eine einseitige Änderung der Parameter bei der Berechnung der Landeszuschüsse die Entwicklung des ländlichen Raumes derart behindert und die Kommunen im Münsterland in den finanziellen Ruin führt. Gerade die mittelständischen Unternehmen des Münsterlandes sind die Leistungsträger der derzeit guten Konjunktur.

Die Einführung einer Bettensteuer, wie sie derzeit im Rat diskutiert wird, wird die FDP nicht unterstützen. Wir wollen ein wichtiges Standbein der Billerbecker Wirtschaft, den Tourismus, nicht gefährden; im Gegenteil wir wollen den Tourismus fördern. Auch er trägt zur Belebung der Innenstadt bei.

Die FDP stimmt dem Haushaltsentwurf 2012 zu.